

Zürich, 16. März 2011

Mediencommuniqué Sicherung der Arbeitsbedingungen und der Versorgungsqualität unter der neuen Spitalfinanzierung (DRG):

Schulterschluss von Berufs- und Personalverbänden, Spitälern und FMH

Die schweizweite Einführung von DRG-Fallpauschalen ab 2012 wird den Wettbewerb unter den Spitälern steigern. Dies kann den Kostendruck auf einzelne Spitäler beträchtlich erhöhen. An einer gemeinsamen Medienkonferenz haben Berufs- und Personalverbände im Gesundheitswesen, der Spitalverband H+ und die FMH ihren Willen bekundet, gemeinsam dafür einzustehen, dass die Löhne und Arbeitsbedingungen und die Versorgungsqualität für die PatientInnen dadurch nicht gefährdet werden sowie die Aus- und Weiterbildung des Gesundheitspersonals unter dem neuen DRG-Finanzierungsmodus gesichert ist. Sie haben eine entsprechende Erklärung unterzeichnet, die auch von der kantonalen Gesundheitsdirektorenkonferenz GDK explizit begrüsst wird.

"Es darf nicht passieren, dass der Kostendruck einfach ans Personal weitergegeben wird. Die Löhne und die Anstellungsbedingungen müssen gesichert sein, und es darf kein Personalabbau erfolgen. Dies ist auch für die Patientinnen und Patienten ganz wichtig. Steht zu wenig Personal zur Verfügung, dann ist die Versorgungsqualität gefährdet", sagt Katharina Prelicz-Huber, Nationalrätin und Präsidentin der Gewerkschaft der Öffentlichen Angestellten VPOD. Dass die Befürchtungen des Personals nicht aus der Luft gegriffen sind, bestätigt der Direktor des Verbandes Schweizer Spitäler H+, Dr. Bernhard Wegmüller: "70% der operativen Kosten eines Spitals sind Personalkosten. Die neue Spitalfinanzierung soll Anreize bieten, die Abläufe in den Spitälern zu optimieren und sinnvolle Kooperationen unter den Spitälern zu fördern, aber nicht beim Personal zu sparen". Dazu Rosmarie Glauser, politische Sekretärin des Verbandes der Assistenz- und OberärztInnen VSAO: "Die Spitäler müssen darauf achten, Tarifverträge mit den Versicherern nur dann abzuschliessen, wenn Anstellungs- und Arbeitsbedingungen und die für eine gute Versorgung notwendige Zahl gut ausgebildeten Personals gesichert sind. Scheitern die Verhandlungen, dann müssen laut Krankenversicherungsgesetz die Kantone die Tarife festsetzen. Unsere gemeinsame Erklärung empfiehlt den Kantonsregierungen, in einem solchen Fall die Personalverbände anzuhören." Pierre Théraulaz, Präsident des Schweizer Berufsverbandes des Pflegepersonals SBK, weist auf die Verlagerung der Versorgung der Patienten in den ambulanten Bereich und in die Pflegeheime hin. "Deshalb muss auch dort zukünftig mehr und gut qualifiziertes Personal zur Verfügung stehen um der Versorgung dieser Patient gerecht zu werden, denn nur so können teure Wiedereintritte verhindert werden". Auch die FMH trägt die Erklärung mit: "Wir haben immer betont, dass die DRG-Einführung von flankierenden Massnahmen begleitet werden muss. Nur so, und nur mit einer sorgfältigen Begleitforschung können schädliche Nebenwirkungen vermieden werden", sagt FMH-Präsident

Jacques de Haller. Erste Erfolge zur Sicherung der Qualität und für gut ausgebildetes Personal kann H+ vermelden. "Die Qualität der Leistungen in den Spitälern wird durch die nationale Qualitätsorganisation ANQ monitorisiert. Zudem hat sich H+ im Grundsatz mit den Versicherern und der Gesundheitsdirektorenkonferenz auf ein Modell geeinigt, das für die nicht-universitären Berufe eine ausreichende Finanzierung der Aus- und- und Weiterbildung sicherstellt", so Bernhard Wegmüller. Er ist zuversichtlich, dass die getroffene Regelung die wirklichen Kosten deckt, die den Spitälern durch die Berufsbildung entsteht.

Die Berufs- und Personalverbände, H+ und die FMH zeigen sich erfreut über den Schulterschluss. Die Partner sind sich einig, dass nun auch der Bund und die Finanzierer gefordert sind, sich mit praktikablen Übergangslösungen, verbindlichen Vorgaben und Begleitmassnahmen für den Schutz des Personals und die Sicherung der Qualität zu engagieren.

Beilage:

„Gemeinsame Erklärung zur Sicherung der Arbeitsbedingungen und der für eine qualitativ gute Versorgungsleistung notwendigen Personalbestände bei der Umsetzung der neuen Spitalfinanzierung“

Auskunft erteilen:

Beat Ringger, Zentralsekretär VPOD
079 339 87 76, beat.ringger@vpod-ssp.ch

Conrad Engler, Issue Manager Public Affairs H+
031 335 11 50, conrad.engler@hplus.ch

Rosmarie Glauser, Politische Sekretärin VSAO
079 688 86 57, rosmarie.glauser@vsao-asmac.ch

Jacqueline Wettstein, Leitung Kommunikation FMH
031 359 11, jacqueline.wettstein@fmh.ch

Elsbeth Wandeler, Geschäftsführerin SBK
031 388 36 34 , elsbeth.wandeler@sbk-asi.ch